



15.11.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nachdem die FDP in der vergangenen Woche die Ampelkoalition verlassen hat, haben sich die demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag in dieser Woche auf einen Neuwahltermin geeinigt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat angekündigt, dass er am 16.12. im Bundestag die Vertrauensfrage stellen wird. Anschließend wird, sollte das Plenum dem Kanzler nicht das Vertrauen aussprechen, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Bundestag innerhalb von 21 Tagen auflösen. Ab diesem Zeitpunkt müssen Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen stattfinden. Der Termin, auf den sich jetzt geeinigt wurde wird der 23. Februar sein. Ich halte diesen Termin für richtig und möchte klar sagen, dass das absurde Schauspiel, mit Angriffen auf die Bundeswahlleiterin, die lediglich ihren Job gewissenhaft ausgeübt und auf mögliche Risiken hingewiesen hat, absolut inakzeptabel war. Ein Neuwahltermin darf nie ein Politikum werden. **Es muss immer darum gehen, dass Wahlen absolut rechtssicher durchgeführt werden. Dies können wir jetzt gewährleisten.** Und es gehört auch dazu, dass Parteien Zeit haben, über ihre Programme und Personen zu informieren.

Am Mittwoch hat Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht, um was es in den kommenden Auseinandersetzungen gehen wird. Und er hat deutlich gemacht, dass er niemals die Bürgerinnen und Bürger vor die Wahl stellen wird, ob wir in unsere Sicherheit oder in gute Arbeitsplätze, in die Wirtschaft oder die Infrastruktur investieren. Damit hat er deutlich gemacht, dass dieses Entweder-Oder falsch ist. Für uns ist klar: Innere, äußere und soziale Sicherheit darf es nur im Dreiklang geben und müssen gemeinsam gedacht werden. Es muss ein Ende finden, dass alle gegeneinander aufs Feld geführt

»Ich möchte, dass wir nicht auf andere herabschauen. Reich gegen arm, jung gegen alt, konservativ gegen liberal, hier geboren gegen später hinzugekommen, Großstadt gegen Land – wenn wir uns so aufspalten oder aufspalten lassen, dann haben wir ein Problem.«

— Bundeskanzler Olaf Scholz
in seiner Regierungserklärung
am 13.11.2024



SPD Fraktion im
Bundestag

Foto: Bundestag.de

Deutscher Bundestag

werden. Ob Geringverdienende gegen Arbeitslose oder deutsche gegen geflüchtete Menschen. [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#)

Gerade in der Krise zeigt sich der Charakter. Die FDP hat uns vor die Wahl gestellt: Entlastungen für Reiche, finanziert durch Kürzungen bei Rentnerinnen und Rentnern und beim Klimaschutz. Dabei ist die FDP nicht kompromissbereit gewesen. Schon in den vergangenen Monaten gab es immer wieder Punkte an denen die FDP Kompromisse, die innerhalb der Bundesregierung geschlossen wurden, im Parlament wieder aufgekündigt und neu verhandelt hat. Olaf Scholz hat als Bundeskanzler bis zuletzt versucht, einen Kompromiss zu finden und zu vermitteln, wie in den Monaten davor auch. Leider muss man konstatieren, dass es hierfür keinerlei Bereitschaft der FDP gegeben hat. Mehr noch: Ihr Handeln im Anschluss und im Vorfeld lässt darauf schließen, dass sie den Ausstieg schon länger erwogen und nun schlussendlich auch vollzogen haben. Olaf Scholz musste schließlich handeln, um Schaden von Deutschland abzuwenden. [Im Magazin Monitor gibt es hierzu einen interessanten Beitrag, der das Scheitern der Koalition über mehrere Monate beschreibt.](#)

Und auch wenn Konservative jetzt behaupten, Rentenkürzungen hätten nicht zur Debatte gestanden und die FDP die Dreistigkeit besitzt zu behaupten sie hätte noch niemals Rentenkürzungen gefordert, reicht folgendes Beispiel: Angenommen man hätte im Jahr 2038 bei einem Rentenniveau von 45,2 % eine Rente von 1.000 Euro, so würde diese mit einem Niveau von 48 % um rund 4,5 % höher ausfallen. Folglich läge sie dann bei rund 1.062 Euro, das macht im Jahr 744 Euro mehr durch die Stabilisierung. Rentnerinnen und Rentner hätten zwar nicht weniger Geld zur Verfügung als heute, aber dennoch entspricht dies, gerade im Reallohnvergleich, einer schmerzhaften Kürzung, die mit Respekt nichts zu tun haben, würde. Dies werden wir nicht zulassen.

Wir sehen, was in den USA passiert, wenn ein unüberwindbar scheinender Riss durch die Gesellschaft, durch Familien, Kolleginnen und Kollegen, Nachbarn, Vereine geht, weil man eine gemeinsame Werte- und Faktenbasis verloren hat. Wir wollen die Gesellschaft zusammenführen. In der man sich gegenseitig respektiert, egal welches Einkommen, Stadt oder Land, seit Generationen deutsch oder mit Einwanderungsgeschichte. Wir wollen mehr Solidarität zwischen denen mit breiten Schultern und denen mit schmalen Schultern. Erst recht in schwierigen Zeiten müssen höchste Einkommen und Vermögen helfen, gut durch die Zeit zu kommen.

Wir wollen eine neue Solidarität zwischen den Generationen. Mit einer Rente, auf die sich ältere aber auch die junge Generation verlassen kann, die jetzt ins Berufsleben startet. Und wir wollen die Infrastruktur auch für die kommenden Generationen sichern und ausbauen. Wir haben viel getan und Investitionen, Planungsbeschleunigung und schnellere Genehmigungsverfahren erleichtert. Denn es ist unsere Pflicht, dass wir die Infrastruktur so vorhalten, dass auch künftige Generationen davon profitieren können – egal ob im Gesundheitsbereich, bei Straßen und Schienen oder der Bildung. Unser deutsches Wirtschaftsmodell lebt nicht von niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen, sondern von hoher Qualität, Produktivität und Zukunftstechnologien. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern.

Diejenigen, die dennoch gucken müssen, dass das Geld am Ende des Monats noch reicht. Die vor große Herausforderungen gestellt werden, wenn plötzlich die Waschmaschine ihren Geist aufgibt.

Während Union und FDP davon sprechen, den Soli abzuschaffen und somit die obersten Einkommensgruppen zu entlasten (Der Soli wird in voller Höhe erst ab einem Jahreseinkommen von ca. 96.000 Euro (Zusammenveranlagung: 192.000 Euro) fällig), möchten wir die breite Mitte der Bevölkerung entlasten. **Nur das ist gerecht. Dazu wollen wir noch bis zum Jahresende die kalte Progression abbauen, das Kindergeld und den Kinderzuschlag erhöhen sowie das Deutschlandticket sichern.** Denn das sind konkrete Punkte, die das Leben leichter machen.

Und hierzu sollte sich auch die Union bekennen. Die Zeiten sind zu ernst, um nur parteipolitisch zu taktieren. Wir müssen jetzt die Wirtschaft stärken und Bürgerinnen und Bürger entlasten. Wir sind jederzeit zu Gesprächen hierzu bereit und hoffen, dass wir in den verbleibenden Sitzungswochen Lösungen finden werden. Dazu hat unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich vorgestern eine sehr nachdenkliche Rede gehalten, die ausgedrückt hat, dass wir jetzt zusammenstehen müssen. **Ich appelliere an alle, diesem Credo zu folgen. [Hier geht es zu seiner Rede](#)**

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt